

BERLINER RUNDSCHAU

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: einmal im Quartal.

“

**Wir machen
keine halben
Sachen, sondern
reformieren
die Verwaltung
grundlegend.**

**Kai Wegner
zur Reform der
Verwaltung**

**Herbst der
Entscheidungen
bei der Ampel**

**Kultursenator
Joe Chialo
im Interview**

Der „Herbst der Entscheidungen“ im Spiegel der Presse

„Einen „Herbst der Entscheidungen“ braucht es nicht. Die Ampelkoalition sollte einen Schlusstrich ziehen. Drei Jahre Übergangskoalition genügen.“
(FAZ vom 28.09.2024)

„In diesen Tagen spielt aber immer auch irgendwie die Zukunft des Kanzlers selbst eine Rolle. Haftet ihm doch seit neustem der Begriff des „Übergangskanzlers“ an. Eine Vorlage dafür hatte nicht etwa die Opposition geliefert, sondern sie kam - frei Haus - vom Koalitionspartner. Der Grünen-Parteichef Omid Nouripour hatte im ARD-Sommerinterview die Ampelregierung als „Übergangsregierung“ nach der Merkel-Ära bezeichnet.“
(Tagesschau vom 20.08.2024)

„Verlässt die FDP die Ampel? Ja oder nein? Die Antwort seit Monaten: vielleicht. Und das nervt langsam – weil das ganze Land darunter leidet. Die große Mehrheit der Bürger und Firmen will Klarheit. Sie will wissen, wie die Asylkrise endlich gelöst wird, wie Deutschland aus der Wirtschaftskrise kommt.“
(BILD vom 23.09.2024)

„Seit mindestens einem Jahr liebäugelt FDP-Chef Christian Lindner mit einem Ausstieg aus der Ampelkoalition. Er sollte sich ein Herz nehmen – nicht irgendwann, sondern sofort.“
(Tagesspiegel vom 02.09.2024)

„In der 0,8 Prozent-Partei denkt niemand an Konsequenzen, im Gegenteil. Dabei wäre es dringend nötig, dass auch dort mal ein Funken Selbstkritik aufkommt. Aber eher wird sich die FDP in Luft auflösen, bevor Christian Lindner sich in Frage stellt.“
(Tagesschau vom 25.09.2024)

„Die Grünen befinden sich seit Anfang 2023 im Sinkflug. Grund dafür ist sicherlich das verkorkste Heizungsgesetz, das ebenso verkorkste Gesetz zur Kindergrundsicherung, das schlechte Image der Ampel und vor allem der Kurs in der Asylpolitik.“
(ZDF vom 25.09.2024)

„Ihnen blies der Wind ins Gesicht, aber sie waren auch taub für die Realität: Ricarda Lang und Omid Nouripour weichen Habecks Anlauf zur Kanzlerkandidatur.“
(FAZ vom 26.09.2024)

„Merz wird sich als der ökonomische Aufbruch inszenieren. Das ist aber kein Theater: Wenn Friedrich Merz auf einem Feld glaubhaft agieren kann, dann hier. Und ohne eine starke Wirtschaft gibt es, dies nur nebenbei, auch keinen Klimaschutz.“
(FOCUS vom 18.09.2024)

„Aus heutiger Sicht wird er (Merz) spätestens Ende des kommenden Jahres der nächste deutsche Bundeskanzler sein. Das ist die beste Option, die unser Land in diesen Zeiten wählen kann.“
(Cicero vom 17.09.2024)

„Merz hat die Union im Bundestag aus einem Umfragetief zur stärksten Kraft gehoben.“
(Frankfurter Rundschau vom 17.09.2024)

„Friedrich Merz stabilisiert mit seiner Kandidatur die CDU und sichert sich beste Chancen auf den Wahlsieg. Als strategisch geschickter und wirtschaftsnaher Politiker wird er zum Erfolgsfaktor.“
(Kölnische Rundschau vom 17.09.2024)

IN DIESER AUSGABE...

Kai Wegner stellt klar

wie sich bereits jetzt die Dienstleistungen der Berliner Verwaltung verbessern. Was außerdem an Änderungen kommt lesen Sie auf den

[Seiten 4 und 5.](#)

„Herbst der Entscheidungen“

lautet das von der FDP in der Ampel ausgerufene politische Szenario der nächsten Monate. Mehr Details dazu lesen Sie auf [Seite 6.](#)

Stolz auf Deutschland

hat der frisch gekürte Kanzlerkandidat der Unionsparteien Friedrich Merz als Ziel ausgegeben, wenn das Land wieder funktioniert und zusammenhält. Mehr dazu auf [Seite 7.](#)

„Nie wieder ist jetzt“

betont Berlins Kultursenator Joe Chialo. Wie er in seinem Amt angekommen ist und mit dem Antisemitismus in Berlin umgeht, finden Sie im Interview mit ihm auf den [Seiten 10 und 11.](#)

Der Haushalt entscheidet

die Zukunft der Ampel-Regierung, sagt Jan-Marco Luczak. Einen Einblick zur aktuellen Situation im Bundestag gibt der Berliner Landesgruppenvorsitzende auf der [Seite 12](#)

”

Es ist Halbzeit:
Viel geschafft,
viel zu tun!

Liebe Leserinnen
und Leser,



lang scheinen sie her, die rot-rot-grünen Jahre des permanenten Ausnahmezustands in Berlin: Kita-Krise, Schulkrise, Mietenkrise, Sicherheitskrise, immer wieder Koalitionskrise, Polizei und Feuerwehr am Limit, die Straße als ideologische Kampfzone. Nicht einmal eine regelkonforme Wahl konnte dieser Senat organisieren.

Seit Kai Wegner als Regierender Bürgermeister mit seinem CDU-geführten Senat das Ruder in Berlin übernommen hat, erleben wir einen völlig anderen Politikstil: Statt öffentlich zu streiten arbeitet der Senat geräuschlos Schritt für Schritt an den Problemen unserer Stadt und bringt Berlin wieder auf Kurs. Seit eineinhalb stehen wir für eine neue Politik für Berlin:

Wir stehen für ein funktionierendes Berlin: Wir schaffen das, woran SPD-geführte Senate zwei Jahrzehnte lang gescheitert sind: Berlin bekommt endlich die umfassende Verwaltungsreform, die es benötigt. Kein Behördenpingpong mehr, starke Bezirke und eine moderne Verwaltung, die für die Bürgerinnen und Bürger da ist.

Wir stehen für ein bürgernahes Berlin. Mit einem Springerpool, zusätzlichen 100 Mitarbeitern, weiteren Bürgerämtern und einem steigenden digitalen Angebot verbessern wir den Bürgerservice. Und das ist erst der Anfang. Weitere digitale Angebote sind in Arbeit.

Wir stehen für ein zukunftsfestes Berlin. Im kommenden Haushalt setzen wir klare Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Innovation sowie Sicherheit. Nachdem Berlin unter Rot-Rot-Grün jahrelang über seine Verhältnisse gelebt hat, stärken wir staatliche Kernaufgaben und bringen den Haushalt wieder in Ordnung.

Wir stehen für ein sicheres Berlin. Mit der Verschärfung des Polizeigesetzes haben wir die Rechte der Polizei gestärkt und unsere Sicherheits- und Rettungskräfte besser ausgestattet. Die Berliner Polizei hat bei Einsätzen unsere volle Rückendeckung. Gewalt, Hass und Antisemitismus dulden wir nicht.

Wir stehen für ein bezahlbares Berlin. Nachdem die gescheiterten rot-rot-grünen Regulierungsprojekte den Wohnungsbau fast zum Erliegen brachten, haben wir mit der neuen Bauordnung und dem Schneller-Bauen-Gesetz die Weichen für einen Bau-Turbo gestellt. Wohnungsbau wird so planbarer, schneller und günstiger.

Wir stehen für ein chancenreiches Berlin. Damit auch unseren Kindern die Welt offensteht, haben wir das Schulgesetz reformiert. Mit dem Kitachancenjahr sorgen wir für gerechte Chancen und wir stellen mit dem 11. Pflichtschuljahr sicher, dass Schulabgänger eine berufliche Perspektive bekommen.

Wir haben in kurzer Zeit viel geschafft. Und gleichzeitig bleibt noch viel zu tun. Denn die Wahrheit ist: Rot-Rot-Grün hat riesige Baustellen hinterlassen. Wir erleben tagtäglich immer noch die Auswirkungen ideologiegetriebener rot-rot-grüner Mangelwirtschaft in Berlin. Aber schon jetzt zeigt sich deutlich: CDU wirkt! Und genauso werden wir weiterarbeiten und Berlin jeden Tag Schritt für Schritt besser machen.

Es grüßt Sie herzlich

Dr. Ottilie Klein

Dr. Ottilie Klein
Generalsekretärin der CDU Berlin

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister hat Kai Wegner (52) klargestellt: „Ich will daran gemessen werden, dass wir endlich eine Verwaltung haben, die richtig funktioniert.“

Mehr Service, weniger Wartezeit: Die Verwaltungsreform kommt.

Im Interview erklärt Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner, wie die CDU-geführte Regierung die Digitalisierung und Verwaltungsreform umsetzt, um Wartezeiten in den Bürgerämtern zu verkürzen und den Service für Berlinerinnen und Berliner zu verbessern.

Berliner Rundschau (BR): Herr Wegner, unter Ihrer Führung wird die digitale Wohnsitzan- und Ummeldung eingeführt. Wie wird dieses Angebot die Arbeit der Bürgerämter in Berlin entlasten?

Kai Wegner: Die digitale Wohnsitzan- und Ummeldung ist ein enorm wichtiger Schritt, der viele Berlinerinnen und Berliner betreffen wird. Es handelt sich um rund 500.000 Termine jährlich, die künftig online erledigt werden können, statt persönlich im Bürgeramt erscheinen zu müssen. Diese Entlastung bedeutet, dass die Menschen nicht mehr in langen Warteschlangen stehen müssen, sondern viele Vorgänge bequem von zu Hause aus erledigen können. Das wird die Bürgerämter spürbar entlasten und ist ein weiterer Schritt, unsere Verwaltung effizienter zu gestalten.

(BR): Warum wurde diese Maßnahme jetzt priorisiert?

Kai Wegner: Schon im November 2023 haben wir die digitale Meldebescheinigung eingeführt. Das war bereits ein wichtiger Schritt. Diese Maßnahmen sind Teil eines umfassenden Plans, den wir entwickelt haben, um die Verwaltung zu modernisieren und den Service für die Bürger zu verbessern. Was unter der vorherigen rot-grün-roten Landesregierung nicht funktioniert hat, bringen wir nun systematisch zum Funktionieren. Wichtig ist aber auch, dass die Berlinerinnen und Berliner von diesen Angeboten wissen. Es reicht nicht, sie nur anzubieten – die Menschen müssen sie auch nutzen. Daher werden wir in den kommenden Wochen verstärkt darüber informieren.

„Es muss in erster Linie darum gehen, dass die Menschen ihre Anliegen zügig und unkompliziert erledigen können.“

(BR): Die Situation in den Bürgerämtern bleibt trotz dieser Fortschritte eine Herausforderung. Was wird konkret getan, um diese Situation zu verbessern?

Kai Wegner: Da haben Sie recht, die Lage in den Bürgerämtern ist immer noch nicht zufriedenstellend. Aber wir haben bereits wichtige Maßnahmen ergriffen. 100 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden erfolgreich eingearbeitet und sind jetzt voll einsatzfähig. Darüber hinaus haben wir einen Springerpool eingerichtet, um Personalengpässe flexibler auffangen zu können. Und wir haben mit der

Eröffnung der neuen Bürgeramt-Standorte in Spandau und in Marzahn-Hellersdorf zusätzliche Kapazitäten geschaffen. Weitere werden folgen. Diese Maßnahmen zeigen, dass wir konkret und konsequent handeln, um die Probleme in den Bürgerämtern zu lösen.

(BR): Ein großes Thema in Ihrer Regierung ist auch die Verwaltungsreform. Welche Pläne verfolgen Sie in diesem Bereich?

Kai Wegner: Ja, das ist ein zentraler Punkt. Wir wollen keine halben Sachen machen, sondern die Verwaltung grundlegend reformieren. Das veraltete Allgemeine Zuständigkeitsgesetz (AZG) muss vollständig durch ein neues Landesorganisationsgesetz ersetzt werden. Dabei geht es uns um klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Wir möchten eine stärkere gesamtstädtische Steuerung einführen, gleichzeitig aber auch den Bezirken mehr Eigenverantwortung geben. Das unterscheidet uns von früheren Ansätzen. Die CDU-geführte Regierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Verwaltung so zu modernisieren, dass sie den Anforderungen der Zukunft gerecht wird.



(BR): Warum ist es Ihrer Meinung nach notwendig, das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz komplett abzuschaffen?

Kai Wegner: Es hat sich gezeigt, dass das AZG in seiner bisherigen Form nicht mehr zeitgemäß ist. Es reicht nicht, nur einzelne Passagen zu überarbeiten – das hätte die Probleme nur verschlimmert. Wir brauchen ein komplett neues Gesetz, das klar definiert, wer wofür verantwortlich ist. Nur so können wir die Verwaltung effizient und nachhaltig gestalten. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit, auch auf Bundesebene, haben gezeigt, dass es oft besser ist, von Grund auf neu zu beginnen, als alte Strukturen zu reparieren. Diesen Weg gehen wir jetzt in Berlin.

(BR): Sie haben auch eine mögliche Änderung der Landesverfassung erwähnt. Was genau ist hier geplant?

Kai Wegner: Wir wollen, dass die Bezirke mehr Eigenverantwortung bekommen. Dafür brauchen wir auch eine Änderung der Landesverfassung. Es geht uns darum, den Bezirken mehr Handlungsspielraum



zu geben und gleichzeitig die gesamtstädtische Steuerung zu stärken. Dazu gehört auch, dass wir die Finanzierungsmodelle überdenken. Das derzeitige Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung passt nicht mehr in die heutige Zeit, besonders nicht in eine zunehmend digitalisierte Verwaltung. Hier arbeiten wir intensiv an neuen Lösungen, die eine nachhaltige Finanzierung der Bezirke sicherstellen. Ich will eine Reform, die nachhaltig wirkt und über Generationen dient. Auch deshalb brauchen wir eine Verfassungsänderung.

(BR): Abschließend noch eine Frage zum oft diskutierten 14-Tage-Ziel. Wann können die Berlinerinnen und Berliner damit rechnen, innerhalb von 14 Tagen einen Termin im Bürgeramt zu bekommen?

Kai Wegner: Das 14-Tage-Ziel ist und bleibt ein wichtiges Ziel, aber es ist nicht das einzige Kriterium, an dem



wir unsere Arbeit messen. Viel wichtiger ist, dass die Berlinerinnen und Berliner die Dienstleistungen dann erhalten, wenn sie sie wirklich benötigen. Wir setzen hier auf eine Kombination aus digitalen Angeboten und einem flexibleren Terminsystem. Dank der neuen digitalen Lösungen – wie der Wohnsitzan- und Ummeldung – werden viele Menschen in Zukunft gar keinen Termin mehr im Bürgeramt benötigen. Natürlich arbeiten wir weiterhin daran, das 14-Tage-Ziel zu erreichen, aber es muss in erster Linie darum gehen, dass die Menschen ihre Anliegen zügig und unkompliziert erledigen können. Wir haben hier schon viel erreicht, aber es bleibt noch Arbeit vor uns.

(BR): Vielen Dank für das Gespräch, Herr Wegner.

Kai Wegner: Ich danke Ihnen.



„Herbst der Entscheidungen“

Die Bundesregierung steht so schlecht da wie noch nie: Die Umfragewerte sind im Keller, die Kommunikation ist ein Desaster und es gibt kein Thema ohne Streit und Widersprüche.

Vom Zauber, der dem Anfang der selbst ernannten „Fortschrittskoalition“ vor knapp drei Jahren inne wohnte, blieb schnell nur noch wenig übrig. Erst folgte ein handwerklicher Fehler auf den nächsten - von der Gasumlage über das völlig vermurkte Heizungsgesetz bis zum verfassungswidrigen Bundeshaushalt. Hinzu kamen zweifelhafte Gesetze wie das zur sexuellen Selbstbestimmung von Minderjährigen, zur Staatsbürgerschaft im Schnelldurchlauf, zur Legalisierung von Cannabis oder zum Bürgergeld. Zugleich scheitert die Umsetzung vieler wichtiger Projekte und Beschlüsse, etwa zur Eindämmung der illegalen Migration oder zur Förderung der schwächelnden Wirtschaft an der Untätigkeit oder dem Dauerstreit in der Ampelkoalition.

Entsprechend groß ist die Unzufriedenheit der Deutschen mit ihrer Bundesregierung. Aktuell kämen die drei Regierungsparteien laut infratest dimap zusammen nur noch auf 30 Prozent und lägen damit deutlich hinter der Union mit 33 Prozent. 84 Prozent der Bürger sind unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung. Das ist ein Negativwert, den Meinungsforscher in der Geschichte der Bundesrepublik bisher noch nie gemessen haben. Das öffentliche Bild der Bundesregierung ist verheerend und längst auch Gegenstand der Berichterstattung in der internationalen Presse: „Die Wähler haben

die Nase voll von Olaf Scholz und einer Koalition, die Migration nicht steuern kann und sich trotz des greifbaren und wachsenden wirtschaftlichen Schadens an Klimazielen festklammert“, kommentiert etwa das Wall Street Journal.

Kein Wunder also, dass nicht nur die Europawahl im Juni, sondern auch die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg für die Ampelparteien zum Desaster wurden. Besonders hart trifft es die FDP, die bei der Wahl in Brandenburg gar nur auf 0,83 Prozent kam und laut aktueller Sonntagsfrage mit aktuell 4 Prozent den Wiedereinzug in den Bundestag verfehlen würde.

„Wir sind im Herbst der Entscheidungen“, verkündete Finanzminister und FDP-Chef Christian Lindner. Und tatsächlich stehen für die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres zahlreiche entscheidende Gesetzesvorhaben an, bei denen neuer Streit droht: Rentenpaket, Verschärfungen in der Migrationspolitik, Wachstumspaket für die Wirtschaft. Größter Brocken ist und bleibt der Bundeshaushalt für das kommende Jahr, in dessen aktuellem Entwurf immer noch eine Finanzierungslücke von rund zwölf Milliarden Euro klafft.

Wie lange wird es also noch dauern, bis der Ampel die Lichter ausgehen? Zumindest FDP-Vize Wolfgang Kubicki bezweifelt offen, dass die Koalition noch bis Weihnachten durchhält. Und vor dem Geschenkeauspacken hat der Parlamentskalender noch die Haushaltsdebatten gelegt.



Joachim-Friedrich Martin Josef Merz (68) ist seit 2022 Bundesvorsitzender der CDU sowie Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Jurist ist verheiratet und hat einen Sohn und zwei Töchter.

„Ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können.“

Und dann ging es ganz schnell. Die Unionsparteien haben die K-Frage geklärt. Friedrich Merz macht's. Der Vorsitzende der CDU Deutschlands und zugleich der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde zunächst von „seinem“ Landesvorsitzenden, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst vorgeschlagen und tags drauf in einem gemeinsamen Statement der Vorsitzenden der Unionsparteien gekürt. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder war mit dieser Entscheidung „fein“. Was ihm in eigenen sprachkritischen

Sicherheit geben. In Zeiten von Spaltung müssen wir für Zusammenhalt sorgen.“

Und auch Friedrich Merz stellte unmittelbar nach seiner Nominierung in einer ganzseitigen Zeitungsanzeige klar: „Es geht um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Diesen Zusammenhalt wieder herzustellen und die Zukunft für unser Land zu gewinnen, dafür trete ich an.“

In der direkten Ansprache an die lieben „Mitbürgerinnen und Mitbürger“ betonte er, die wir in Deutschland leben „haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, wie aus einer starken Gemeinschaft eine große Kraft entstehen kann. Wir können ein starkes Land sein, wenn wir die Tugenden wieder wertschätzen, die Grundlage für unseren heutigen Wohlstand waren: Leistungsbeurteilung, Fleiß, Anstand, Gerechtigkeit und Gemeinwohlorientierung.“ Die älteren Leser mochten sich an die „geistig moralische Wende“ Helmut Kohls erinnern.

Merz der eingangs herausstellte, dass wir „für eine begründete Zuversicht arbeiten“ und „uns den Populisten und Extremisten, die unser Land schlecht reden“ entgegenstellen wollen, strich vor allem heraus, dass die Wirtschaft wieder gestärkt werden müsse. Und in der Schlussformel des Textes fasst Friedrich Merz zusammen, wofür er antritt: „Ein Deutschland, in dem der Staat wieder funktioniert. Ein Deutschland, in dem sich Leistung wieder lohnt. Ein Deutschland, das wieder zusammenhält. Ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können.“



Artikeln als ein bayrisches „basssd scho“ ausgelegt wurde. Der Berliner Landesvorsitzende versicherte Unterstützung „mit aller Kraft“ und Kai Wegner weiter: „Mit großer Geschlossenheit werden wir nun für einen Wahlsieg der Union bei der Bundestagswahl 2025 kämpfen. Es ist Zeit, das Ampel-Chaos zu beenden und unser Land wieder in Ordnung bringen.“ Wegner betont: „Die Union hat immer ausgezeichnet, dass sie mit einem Kurs der Mitte ein politisches Angebot für viele macht und damit Mehrheiten hinter sich versammelt. In Zeiten von Verunsicherung müssen wir

Razzia gegen möglichen Sozialbetrug



Sozialbetrug ist in Deutschland ein Problem mit milliardenschwerem Schaden. Nicht nur beim Bürgergeld, sondern auch bei anderen staatlichen Leistungen wie dem Kindergeld versuchen schwarze Schafe immer wieder, Behörden zu täuschen und sich Sozialleistungen zu erschlei-

chen. Dagegen waren nun rund 100 Polizisten in Reinickendorf im Einsatz. In dieser Art bislang in Berlin einmalig, wie eine Polizeisprecherin mitteilte. Es bestünde der Verdacht, dass die Anschriften mehrfach für den Missbrauch von Sozialleistungen wie Kindergeld oder Kinder-

zuschläge verwendet wurden, erklärte sie weiter. Unterstützt wurden die Einsatzkräfte von Mitarbeitern der Familienkasse, des Jobcenters Berlin-Reinickendorf sowie des Reinickendorfer Ordnungsamtes. Kontrolliert wurden insgesamt 78 Wohnungen in drei Mehrfamilienhäusern in der Scharnweberstraße, in denen rund 440 Menschen gemeldet und 154 Gewerbe registriert sind. Die Familienkasse wertet aktuell die gesammelten Informationen aus. Das bisherige Kontrollergebnis des Ordnungsamts Reinickendorf zeigt bereits jetzt erhebliche Missstände: Von den 154 Gewerben konnten nur 13 korrekt zugeordnet werden, neun waren gar nicht angemeldet und 132 sind nicht abgemeldet. Diese Abmeldungen werden nun nachträglich veranlasst und ein Bußgeldverfahren eingeleitet.

Wirklich wahre Bilder zur aktuellen Politik

Die, die den wöchentlichen Newsletter der CDU Berlin lesen, wissen, dass sie durch das „Wirklich wahre Bild zum Wochenende“ in das selbige entlassen werden. Hier die letzten digital kreierten Bilder, die manche politische Auffälligkeit der letzten Wochen illustrieren. Da wäre zum Beispiel die letzte noch verbliebene Sonnenblume bei den Grünen namens Habeck. Der nun seine in Umfragen auf 10 Prozent vom Höchststand 25



Prozent geschrumpfte Partei übernehmen kann. Oder das Bild der blätterumwehten Uhr, die den von der FDP ausgerufenen „Herbst der Entscheidungen“ bebildert. Beides korrespondiert mit dem Bild nach den Wahlen in Thüringen und Sachsen vom im Wasser stehenden Anzugträgern. Wahlen, die ein Desaster für die drei Am-



pelparteien waren; erreichten alle drei doch zusammen (!) in Sachsen 13,3 Prozent und in Thüringen 10,4 Prozent. Der inzwischen zurückgetretene Generalsekretär der SPD, Kevin Kühnert, kommentierte damals: „Der Geduldsfaden wird dünner.“ Und jubelte zugleich: „Es gab die reale Gefahr aus den Landtagen rauszufliegen.“

Berlin gedenkt der Opfer des Terrorangriffs vom 7. Oktober

1.170 Ermordete und 255 Entführte. Das ist die grausame Bilanz des brutalen Terrorangriffs der Hamas auf friedlich feiernde Menschen am 7. Oktober 2023. Eine abscheuliche Tat, deren Folgen die ganze Region nach wie vor erschüttern.

Auch in Berlin wurde der Opfer gedacht. Der Bundespräsident und die politisch Verantwortlichen aus Berlin waren nicht nur bei der interreligiösen Feier in der Gedächtniskirche vereint. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner erklärte zum Gedenktag: „Berlin sendet ein Zeichen in die Welt, dass wir an der Seite Israels stehen; dass



wir mit den Familien der Geiseln hoffen; dass Menschlichkeit und Mitgefühl immer stärker sein werden als der Hass. Berlin ist die Stadt der Freiheit.“ Doch die Tage des Gedenkens wurden erneut durch gewalttätige pro-palästinensische Aktionen gestört. Kai Wegner stellte gegenüber dem rbb unmissverständlich klar, was er von dieser Art von Demonstrationen hält. In einer Frage richtet er sich an die Gewalttäter: „Was nutzt es einem Kind im Gaza-Streifen, wenn Steine auf Berliner Polizeibeamte fliegen?“ Außerdem betonte Wegner: „Wir müssen genau hinschauen. Es geht um unsere Art des Zusammenlebens. Es geht um ein weltoffenes, tolerantes

und internationales Berlin und das wollen die Gegner bekämpfen. Das werde ich nicht zulassen.“ Die Generalsekretärin der CDU Berlin, Ottilie Klein, kritisiert zum Jahrestag Mitglieder der Bundesregierung wegen derer uneindeutigen Bekundungen. So fragt sie auf X (vormals Twitter) an die Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) gewandt: „Und Lisa Paus fällt am Jahrestag des größten Pogroms an Juden seit dem Holocaust nichts besseres ein, als Judenhass zu relativieren?“ Paus hatte den Anstieg der „antisemitischen und antimuslimischen Vorfälle“ kritisiert. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz wurde gleich zweifach kritisiert. So erwähnte seine Ansprache am Vorabend die von Angela Merkel postulierte „Staatsräson“ nicht ausdrücklich, genauso wenig wie am Kanzleramt zu diesem Tag die israelische Fahne als Solidaritätsbekundung zu sehen war.



Behördengang per Smartphone

Gute Nachricht für alle Berliner und die, die es werden wollen: Wer in Berlin seinen Wohnsitz an- oder ummelden will, muss nicht mehr zum Bürgeramt, sondern kann dies ganz bequem online erledigen. Damit sorgt der Wegner-Senat dafür, dass immer weniger Behördengänge notwendig werden. Bereits zuvor wurde die Kfz-Zulassung und die Beantragung verschiedener Dokumente (z.B. Meldebescheinigung, Wohnungsberechtigungsschein, Einkommensbescheinigung) sowie die Beantragung des Elterngeldes digitalermöglicht.



Grüne endgültig gescheitert

Erneut vor Gericht gescheitert ist das „grün“-geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg im Streit um den geplanten Zaun am Görlitzer Park. Der Bezirk habe „kein Abwehrrecht“ gegen die Entscheidung des Senats, einen Zaun um den Görlitzer Park zu errichten, bestätigte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Der Senat kann nun die Pläne für den Zaunbau weiter vorantreiben.



Joe Chialo (54) ist seit dem 27. April 2023 Berliner Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er wurde als Sohn einer tansanischen Diplomatenfamilie in Bonn geboren, ist verheiratet und Vater einer Tochter.

„Nie wieder ist jetzt, ist ein Leitsatz, der auch für mich persönlich gilt.“

Berliner Rundschau (BR): Herr Chialo, Sie sind jetzt seit anderthalb Jahren Kultursenator in Berlin. Was hat sich für Sie mit diesem Amt persönlich geändert?

Joe Chialo (JC): Regierungsverantwortung zu übernehmen, ist ein Privileg. Im April letzten Jahres bin ich gewissermaßen auf einen fahrenden Zug aufgesprungen. Allerdings wurde die bestehende Regierung in einer bereits laufenden Legislatur durch die Wiederholungswahl ersetzt und wir mussten gleich in bereits angefangene Haushaltsverhandlungen einsteigen. Dieser Wechsel hatte mitunter akrobatische Züge. Ich habe allerdings und im Besonderen als Quereinsteiger seitdem viel gelernt. Über parlamentarische und exekutive Prozesse und über die sehr breite Kulturlandschaft Berlins, die mir in Teilen noch nicht so vertraut war. Ich habe extrem viele engagierte Menschen kennengelernt, die im Kleinen wie im Großen dazu beitragen, dass unsere Hauptstadt so wunderbar bleibt, wie sie ist. Und ich habe die Verantwortung über meinen Terminkalender abgegeben (lacht).

„Gewalt darf niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein.“

Im Ernst: Parallel zu oft sehr kleinteiligen Aufgaben hat sich die Welt in vielen Bereichen verändert. Die grässlichen Terrorakte des 7. Oktobers haben nicht nur Israel, sondern die ganze Welt erschüttert. Auch Berlin steht seitdem im Zeichen antisemitischer Vorfälle, denen wir uns auf unterschiedliche Weise entgegenstellen. „Nie wieder ist jetzt“, ist keine Floskel des Berliner Senats. Es ist ein Leitsatz, der auch für mich persönlich gilt und in meinem Haus auf Verwaltungsebene umgesetzt wird. Die weltpolitischen Veränderungen brauchen Anpassungen an unsere Realitäten. Inzwischen arbeiten wir an einer senatsübergreifenden Lösung, Fördermittel besser steuern zu können. Diese Maßnahmen treffen allerdings natürlich nicht nur auf Gegenliebe. Zuletzt haben propalästinensische und linksradikale Aktivisten Angriffe auf mich verübt – seitdem habe ich Polizeischutz. Daneben hielten und halten harte Einsparungen für den Berliner Haushalt unsere Kulturverwaltung und natürlich auch unsere Kulturmetropole in Atem. Momentan blicken wir auf historisch einmalige Sparvorgaben, deren Auflösung noch nicht geklärt ist.

(BR): Worin liegt aktuell die größte Herausforderung?

(JC): Wir erleben eine Zeit, in der sich globale, nationale und regionale Krisen multiplizieren. In solchen Zeiten muss unser oberstes Ziel sein, die demokratische freiheitliche Gesellschaft in Berlin lebendig zu halten. Dafür ist die Kultur entscheidend. Von der Freien Szene bis hin zu den großen Musiktheatern: In der Kultur wird unsere Gesellschaft gespiegelt und verhandelt.

Angesichts erstarkender antidemokratischer Kräfte, der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen und der vielen Weichen für die Zukunft, die jetzt gestellt werden müssen, heißt die Herausforderung: Mit Haltung und Augenmaß handeln. Wir müssen Einsparungen



umsetzen und versuchen, den strukturellen Schaden für die Kultur klein zu halten. Daneben stehen Personalentscheidungen für die Volksbühne an, Zukunftsprojekte wie ein neuer Standort für die Zentral- und Landesbibliothek und natürlich auch die Digitalisierung der Kulturbetriebe, die wir entschlossen vorantreiben.

(BR): Wir haben verfolgt, dass Sie angegriffen worden sind. Am vergangenen Montag ketteten sich außerdem lautstark propalästinensische Protestler vor der Konrad-Adenauer-Stiftung an, bevor Sie dort bei einer Veranstaltung anlässlich des 7. Oktobers auftraten. Wie gehen Sie damit um?

(JC): Die Polizei hatte die Situation bereits aufgelöst, als ich ankam. Die Demonstration verlief glücklicherweise ohne körperliche Gewalt. Leider gibt und gab es andere Fälle, wie vor dem Zentrum für Kunst und Urbanistik im September. Das waren keine demokratisch agierenden Demonstranten, sondern radikale Mobs, die einschüchtern sollen – und die auch vor körperlicher Gewalt nicht Halt machen. Nach mir wurde mit einem Mikrofonständer geworfen,



der eine Besucherin traf. Wenig später haben selbsternannte Aktivisten, mutmaßlich aus derselben Szene, die Einfahrt zu meiner Privatwohnung mit roter Farbe und Hassbotschaften beschmiert. Solche Vorgänge sind Straftaten. Das hat mit Protest nichts zu tun. Gewalt darf niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Nach diesen Angriffen habe ich viel Zuspruch von Freundinnen und Freunden der Berliner CDU bekommen. Beim Jahresempfang der CDU-Fraktion kamen sehr viele Freunde und Bekannte aus der Partei auf mich zu, um mir ihre Solidarität mitzuteilen. Das hat mich sehr gerührt und dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Auch dank dieses Rückhalts kann ich sagen: Ja, diese Verrohung schockiert mich und ja, die Frontlinie hat sich auch in meine Richtung verschoben – aber nein, ich lasse mich davon nicht einschüchtern und werde deshalb auch nicht von meinen Positionen abrücken.

(BR): Wie ist der Stand der neuen Klausel?

(JC): Unter der Federführung der Senatskanzlei und mit den Verwaltungen von Dr. Felor Badenberg und Cansel Kiziltepe wird derzeit eine Demokratieklausel entworfen, die senatsübergreifend dafür sorgen soll, dass keine Fördergelder des Landes Berlin an Demokratiefeinde ausgegeben werden. Wer sich gegen unsere demokratische Grundordnung verhält, soll keine Förderung erhalten. Wir haben keinen Platz in unserer Stadt für antisemitisches und sonstiges diskriminierendes Gebaren. Unabhängig von den juristischen Feinheiten sagt mir das mein, durch den christlichen Glauben geprägter Menschenverstand. Unser Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann deshalb nur wachsen, wenn wir uns an Grundregeln halten. Hass und Gewalt lassen sich nicht relativieren.



Am Haushalt entscheidet sich die Zukunft der Ampel

Nach den desaströsen Wahlergebnissen in Ostdeutschland nehmen die Fliehkräfte in der Ampel zu. Immer drängender stellt sich die Frage, ob die Koalition noch über ausreichend Legitimation verfügt und bis zur Bundestagswahl 2025 hält. „Konsequent wäre es, wenn Bundeskanzler Olaf Scholz die Vertrauensfrage stellt und den Weg für Neuwahlen bereitet. Ein weiteres Jahr des Stillstands kann Deutschland sich nicht leisten“, urteilt der Vorsitzende der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak. Denn die Ampel-Koalition sei politisch kaum noch handlungsfähig.

Die Grünen stehen nach dem Rücktritt des Bundesvorstandes und zahlreicher Landesvorstände der Grünen Jugend vor einer Neuausrichtung. Im Hintergrund toben Flügelkämpfe und längst ist nicht ausgemacht, dass das eher pragmatische Reale-Lager um Robert Habeck sich durchsetzt. Deziert linke Positionen für mehr Schulden, Steuererhöhungen und Fortführung der gescheiterten Migrationspolitik nehmen zu. Es ist eine Zerreißprobe für die Partei mit fatalen Folgen: „Die grüne Selbstfindungsphase blockiert die Arbeit in Regierung und Parlament. Keiner weiß, wer momentan das Sagen hat und für die Grünen belastbare Kompromisse aushandeln kann“, analysiert Luczak.

Bei der FDP blieben personelle Konsequenzen bislang aus. Die FDP-Führung und Bundesfinanzminister Christian Lindner sprechen aber mehrdeutig von

einem „Herbst der Entscheidungen“. Ob damit das Aus für die Ampel oder die Lösung substantieller Streitfragen bei Migration, Rente oder Haushalt gemeint ist, bleibt unklar. „Für die FDP ist es ein Dilemma. Wenn Sie aber in der Koalition bleibt, geht sie bei der Bundestagswahl unter, da bin ich sicher“, so die Einschätzung von Luczak. Sollbruchstelle könne die Verabschiedung des Haushalts sein, ergänzt der Abgeordnete.

Denn dass der vorliegende Haushaltsentwurf der Regierung verfassungskonform ist, wird inzwischen selbst von den Sachverständigen der Ampel bezweifelt. Bei einer Anhörung im Bundestag erklärten die Experten, dass der Etatentwurf von viel zu hohen Steuereinnahmen ausgehe, die von keiner wirtschaftlichen Prognose gedeckt seien. Gleichzeitig seien die Ausgaben, etwa für das Bürgergeld, viel zu niedrig angesetzt. Der Ansatz von globalen Minderausgaben, bei denen die Ampel sich um die Entscheidung drückt, wo gespart werden soll, und die Annahme von globalen Mehreinnahmen durch mehr Wirtschaftswachstum, summiert sich auf rund 50 Milliarden Euro. „Das sind Buchungstricks, die gegen das Gebot der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit verstoßen. In der vorliegenden Form ist der Haushalt klar verfassungswidrig und politische Prioritäten setzt er auch keine. Dem kann die FDP unmöglich zustimmen“, urteilt der Rechtsexperte der Union Jan-Marco Luczak. Ein Scheitern der Koalition im November sei daher kein unrealistisches Szenario.



Gemischte Wohnquartiere für alle statt isolierter Flüchtlingsunterbringung

Berlin ist bekannt für sein großes Herz, doch wie lange kann die Stadt allein den Preis für die Verhältnisse des Bundes zahlen? Die Hilfsbereitschaft der Berlinerinnen und Berliner ist beeindruckend und ungebrochen. Aber: Spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird die Hauptstadt zunehmend allein gelassen. Es ist höchste Zeit, dass der Bund seiner Verantwortung nachkommt.

Die CDU-Fraktion in Berlin steht fest zu ihrer humanitären Verantwortung – aber wir haben genauso eine Verantwortung gegenüber den Berlinern. Es reicht nicht, immer mehr Menschen in ohnehin belastete Kieze zu schicken. Wir wollen keine sozialen Brennpunkte in unserer Stadt. Die Konzentration von Armut und damit einhergehende Ausgrenzung muss verhindert werden, indem Neubauprojekte mit sozialer Durchmischung entstehen.

Zudem braucht es klare Kriterien für die Einrichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte, um die Akzeptanz durch offen geführte Diskussionen zu erhöhen. Reine Flüchtlingsunterkünfte sollen möglichst nicht mehr entstehen. Vielmehr muss umgehend damit begonnen werden, vereinfacht und beschleunigt gemischte Wohn- und Unterbringungsquartiere zu bauen. § 246 des Baugesetzbuchs regelt das sogenannte Sonderbaurecht. Demnach ist es unkompliziert möglich, schnell modulare Unterkünfte zu errichten, die nach dreijähriger Nutzung dem normalen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen. Dieses Sonderbaurecht muss von der Ampel im Bund schnellstmöglich erweitert werden, um direkt und kurzfristig bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen zu können.

Denn was derzeit passiert, ist die Reaktion auf einen Notstand: Flüchtlinge werden in Übergangsunterkünften untergebracht, weil zu viele ankommen und

Wohnraum fehlt. Die ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof sind schon überfüllt, und die Stadt muss auf Containerlösungen zurückgreifen. Die Politik des Bundes hat den Fokus auf Krisenbewältigung gelegt, anstatt den Städten wie Berlin den notwendigen Spielraum für nachhaltige Lösungen zu geben. Sozial durchmischte Quartiere müssen das Ziel sein – nicht Isolation, mangelnde Integration und daraus resultierende soziale Probleme. Wir schlagen vor, einen Teil der neu entstehenden Wohnungen auch der Mittelschicht zugänglich zu machen und so den sozialen Ausgleich in den Kiezen zu sichern.

Berlin darf nicht zum Kollateralschaden einer verfehlten Migrations- und Wohnungspolitik der Ampel werden! Berlin muss sowohl den Menschen, die hier leben, gerecht werden, als auch denjenigen, die Schutz suchen. Wir brauchen dafür Transparenz und Einbindung der Bevölkerung. Und es erfordert endlich das konsequente Handeln der Bundesregierung. Bei den Unterbringungsfragen, noch mehr aber bei Zurückweisungen an unseren Grenzen. Es ist nicht zuviel verlangt, Kontrolle darüber zu haben, wer sich in unserem Land und damit in unserer Stadt aufhält.

Berlin hat die Kraft, diejenigen Menschen, die wirklich unserer Hilfe bedürfen, unterzubringen. Wer ausreisepflichtig ist, muss aber auch wieder gehen. Die aktuelle Herausforderung meistern wir durch Zwischenlösungen und mittelfristig durch gemischte Quartiere. Spätestens ab Ende des nächsten Jahres, nach der Bundestagswahl, wird eine unionsgeführte Bundesregierung für eine klare Kontrolle unserer Grenzen sorgen. Damit lösen wir dann das prinzipielle Problem. Bis dahin bitten wir die Berlinerinnen und Berliner weiter um Verständnis. Lassen wir uns nicht spalten – das gelingt aber nur gemeinsam.

Neue EU-Kommission Neue Aufgaben für Hildegard Bentele



Zum 1. Dezember 2024 soll die neue EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen ihre Arbeit beginnen. Mit der Vorstellung der designierten Kommissare, die von den Mitgliedsstaaten vorgeschlagen werden und von denen nun 14 von der EVP kommen, durch die Kommissionspräsidentin Mitte September begann die parlamentarische Prüfung der Kandidaten auf mögliche Interessenkonflikte, im November werden die Fachanhörungen durch die Parlamentsausschüsse folgen. Bei der Bestellung einer neuen Kommission hat das Europäische Parlament ein echtes Mitspracherecht: Es kann Kommissars-Kandidaten ablehnen und auch die Bestätigung der Gesamt-Kommission bedarf der Zustimmung des Parlaments.

Die Kommissare arbeiten auf Grundlage von Aufgabenbeschreibungen, hier ist positiv, dass diese einen starken Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit haben und sich Bürokratieabbau ebenfalls überall durchzieht und insofern Kernforderungen der CDU/CSU im Wahlkampf aufgenommen wurden.

Auch das Parlament hat sich nach der Wahl neu sortiert. Hildegard Bentele als unsere Berliner Europaabgeordnete wird weiterhin in den Ausschüssen für Industrie, Umwelt und Entwicklung tätig sein. Im Ausschuss für Entwicklung wurde Bentele zur Vize-Vorsitzenden gewählt.

Schwerpunkt ihrer Arbeit ist weiterhin der Industrieausschuss, in dem sie insbesondere die Rohstoffpolitik weiter betreuen wird. So wurde sie als Parlaments-Vertreterin in das Europäische „Rohstoff-Board“ entsandt, das gemeinsam mit Kommission, Mitgliedsstaaten, Wirtschafts- und Finanzvertretern die Umsetzung des Gesetzes über kritische Rohstoffe sicherstellen und Strategische Rohstoffprojekte auswählen wird. Darüber hinaus ist Bentele Mitglied der Parlamentsdelegationen zur Türkei, zu Israel und zu Montenegro.



Es kann schon einmal voll werden

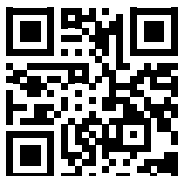
Seit einiger Zeit nutzt der CDU-Landesverband für seine Veranstaltungen ein digitales Anmeldesystem. Und das Neue für die Mitglieder, die das System ohne Probleme angenommen haben, ist, dass man nun auch schon einmal Absagen bekommen kann oder nur auf der Warteliste landet. So passierte es zum Beispiel bei der großen Mitgliederversammlung mit dem Landesvorsitzenden und Regierenden Bürgermeister Kai Wegner Ende September. In einer weit überbuchten

Mitgliederversammlung stellte sich der Landesvorsitzende, moderiert durch die Generalsekretärin, den Fragen und der Kritik der Mitglieder. Genau 509 Tage nach seinem Amtsantritt machte Kai Wegner deutlich: „Wir haben in dieser Zeit schon einiges geschafft! So haben wir unter anderem unsere Polizei und Feuerwehr gestärkt, unsere Schulen besser gemacht, die Voraussetzungen für einen Bau-Turbo geschaffen und jetzt sind wir dabei, unsere Verwaltung zu reformieren.

Kurzum: CDU wirkt.“ Ein Tipp an alle, die an Veranstaltungen teilnehmen wollen, ist, sich zügig anzumelden und immer mal wieder in die Mailbox zu schauen, wenn man auch nur die Mitteilung bekommen hat, auf der Warteliste zu stehen. Denn auch das funktioniert bei dem System und der Disziplin der Berliner CDU-Mitglieder - es wird sich auch wieder abgemeldet, wenn etwas dazwischenkommt. Und der freigewordene Platz wird dann an die Warteliste vergeben.

CDU Berlin Mitmachpartei

Die CDU Berlin als Mitglieder- und Mitmachpartei. Nicht nur auf der Ebene der Orts- und Kreisverbände oder in den Vereinigungen der CDU kann man mitmachen, sondern auch auf der Ebene des Landesverbandes. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Fachforen und Landesfachausschüsse (LFA). Die großen Politikfelder, die in etwa auch in den Senatsverwaltungen abgebildet sind, wie z.B. Gesundheit, Sicherheit oder Bildung, werden auch in den Foren und LFA abgebildet. Dabei stellen die LFA die internen Ideenschmieden der Partei dar, während die Foren die großen Themen unserer Zeit in hochkarätig besetzten Publikumsveranstaltungen beraten. Wer hier mitmachen will trägt sich unter cdu.berlin/foren ein.



Experten-Update zum Krieg Russlands gegen die Ukraine

Kurz nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine diskutierten die Mitglieder der CDU Berlin mit dem damaligen Generalinspekteur der Bundeswehr sowie den renommierten Militärhistoriker, Prof. Dr. Sönke Neitzel, über die Folgen des noch jungen Krieges. Bald 1000 Tage später ist es an der Zeit, Rückschau zu halten und die Prognosen nachzujustieren. Dazu

hat die CDU Berlin den neuen Chef der Bundeswehr eingeladen, General Carsten Breuer, sowie erneut den Militärexperten Prof. Dr. Neitzel. Die hochkarätige Diskussionsveranstaltung findet am 6. November um 18 Uhr statt. Merken Sie sich den Termin vor. Eine Einladung per Mail mit den genauen Veranstaltungsdaten geht den Mitgliedern der CDU Berlin zeitnahe zu.

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Steifensandstraße 8, 14057 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, cduberlin@cdu.berlin; REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Janine Remme, Oliver Cywinski; SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei: Vettters

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: Yves Sucksdorff; Seite 3: Michael Benett; Seite 4 und 5: 3x Tobias Koch, Yves Sucksdorff; Seite 6: KI; Seite 7: Tobias Koch, Steffen Böttcher;

Seite 8 pixabay/TechLine, 2 x KI; Seite 9: 2 x Tim Gräfe, privat; Seite 10: Tobias Koch; Seite 11: Büro Joe Chialo; Seite 12: Tobias Koch; Seite 13: Tobias Koch; Seite 14 und 15: European Union/EP, Dirk Reitze; Seite 16: Dirk Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.

CDU Berlin verleiht erneut Eberhard-Diepgen-Preis



Am 27. November ist es wieder soweit: Die Berliner CDU verleiht bereits zum fünften Mal den Eberhard-Diepgen-Preis für sozialen Zusammenhalt. Mit dem Preis, der eng mit dem Wirken des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen verbunden ist und erstmalig im Jahre 2018 verliehen wurde, würdigen die Christdemokraten Initiativen und Organisationen, die sich in herausragender Weise um den sozialen Zusammenhalt in Berlin verdient gemacht haben. Der Eberhard-Diepgen-Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und an die Maßgabe geknüpft, das Geld wieder in die prämierte Arbeit zu investieren.

In diesem Jahr soll der Eberhard-Diepgen-Preis die Arbeit für ältere oder alleinstehende Menschen würdigen. Die Stadt gilt u.a. als „Hauptstadt der Einsamkeit“, jeder Zehnte fühlt sich hier einsam. Das zu ändern ist ein Herzensanliegen der CDU. Bereits seit vielen Jahren setzt sich die Union dafür ein, dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu verleihen und mehr Angebote für einsame Menschen zu schaffen. Gastgeber der diesjährigen Preisverleihung ist das Unionhilfswerk, das in ganz besonderer Weise für den gesellschaftlichen Zusam-

CDU Landesverband Berlin, Steifensandstr. 8, 14057 Berlin

menhalt steht: In einer Zeit großer Not fanden sich vor über 75 Jahren innerhalb der Berliner CDU christliche und sozial engagierte Frauen und Männer zusammen, um der Forderung nach einem „Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit“ im CDU-Gründungsaufruf von 1945 Leben zu verleihen. Heute ist das Unionhilfswerk einer der größten sozialen Träger Berlins und mit seinem Einsatz für hilfsbedürftige Menschen ein sichtbarer Ausdruck für gelebten Zusammenhalt in der Stadt.

Der Festakt findet statt am 27. November 2024, 18.00 Uhr, im Unionhilfswerk Berlin, Schwiebusser Straße 18, 10965 Berlin. Bitte melden Sie sich über den Link <https://gstoo.de/ED-Preis> oder den QR-Code an:



AUSSCHREIBUNG

Eberhard-Diepgen-Preis für sozialen Zusammenhalt

Der CDU Landesverband Berlin würdigt und fördert mit diesem Preis Engagierte, die sich um den sozialen Zusammenhalt in der Hauptstadt in herausragender Weise verdient gemacht haben. Das auszuzeichnende Engagement kann sowohl landesweit als auch bezirklich oder nachbarschaftlich angesiedelt sein. Ausgezeichnet werden können Einzelpersonen, Personengruppen, Initiativen oder Projekte. Die Auszeichnung für das Jahr 2024 soll besonders die Arbeit für ältere oder

alleinstehende Menschen würdigen und unterstützen.

Die Auszeichnung ist mit einem Geldpreis in Höhe von 5.000 Euro verbunden. Das Preisgeld muss für Zwecke der gewürdigten Arbeit verwendet werden. Der Preisträger wird von einer Jury ausgewählt. Wollen Sie sich mit Ihrem Projekt/Verband/Verein oder Ihrer Initiative selbst bewerben oder eine Bewerbung vorschlagen, so schreiben Sie uns bitte bis zum 15.

November 2024. Fügen Sie für einen ersten Überblick möglichst eine Übersicht über Betätigungsfelder sowie die personelle, finanzielle und örtliche Struktur sowie bisherige und zukünftige Projekte bei. Die Preisverleihung wird am 27. November 2024 erfolgen.

Senden Sie die Unterlagen bitte an:
Jury Eberhard-Diepgen-Preis
CDU Berlin
Steifensandstraße 8
14057 Berlin